



## Haushalt der Stadt Erkrath 2011

# Stresstest bestanden! Nothaushalt abgewendet!

Stellungnahme des Vorsitzenden der *BmU*-Fraktion  
Bernhard Osterwind

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst gehört an den Anfang meines Beitrages der **Dank** an die Verwaltung für das monatelange Mühen um einen ausgeglichenen Haushalt und der Suche nach Einsparmöglichkeiten.

Ganz besonders danke ich Frau Dornau, die heute ihren letzten Haushalt mit dem Rat beraten hat für eine besonders sachkundige Zusammenarbeit.

Dem Kämmerer danke ich dafür, dass er vorbehaltlos und engagiert der Fraktion für alle Fragen zur Verfügung stand. In den Dank schließe ich den Bürgermeister ein, der den unpopulären Vorschlag, die Realsteuern der Gemeinde zu erhöhen, mit unterzeichnet hat.

### **Nothaushalt abgewendet**

Wir wollen heute einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen, damit der Stadt weitgehend die Handlungsfähigkeit erhalten, in Bildung investieren und trotzdem nicht darauf verzichten, Erkrath für die Zukunft vorzubereiten.

Der Haushaltsplan 2011 zeigt für Erkrath eine Unterdeckung im ersten vorgelegten Entwurf von 13,3 Mio. €, welche durch verschiedene Einflüsse, wesentlich sind hier Mehreinnahmen aus Steuern, auch durch **Sparmaßnahmen** der Verwaltung (Vorlage 55/2011 und Ergänzung) um 7 Mio. € reduziert werden konnte.

Von Verschiebungen oder Streichungen sind Kindergärten, Schulen, Sportplätze, Kinderhaus betroffen.

Die Vorlage zeigt eine Kombination aus sparsamer Haushaltspolitik, die Reduktion der allgemeinen Rücklage und Einnahmemehrungen – wozu auch die nun vorgeschlagenen Steuererhöhungen gehören.

Nach den **Steuerreformen** der vergangenen 10 Jahre, der nicht kompensierten **Verlagerung von Aufgaben** auf die Kommunen und der größten **Weltwirtschaftskrise** nach dem zweiten Weltkrieg sind die Kommunalfinanzen der auch vorher schon **unterfinanzierten Städte** weiter dramatisch eingebrochen. Allein im laufenden Jahr sind die Folgen der Steuerreformen in einem Gutachten von ver.di mit - 2,9 Milliarden € für die NRW-Kommunen beziffert worden: und zwar auf Dauer. Zum Vergleich: Land und Kommunen in NRW haben 2,1 Milliarden aus dem Konjunkturpaket II bekommen - einmalig.

Die Gemeindefinanzreform wird seit über 20 Jahren versprochen - alle Parteien in Regierungsverantwortungen waren mit dieser Aufgabe wohl überfordert. Also wurschtelt man weiter, zurzeit in der **Gemeindefinanzreformkommission**.

Immerhin ist eine dauerhafte Entlastung der Kommunen bei der **Grundsicherung im Alter** in Sicht: Der Bund wird die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in drei Schritten bis zum Jahr 2014 und danach auf Dauer und vollständig übernehmen.

Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung aller Kommunen von rd. 12 Mrd. Euro.

Das ist angesichts Erkraths Altersstruktur keine unwichtige Entwicklung.

### **Eckdaten dieses Haushaltes bestehen wegen unbeeinflussbarer Entwicklungen aus Treibsand**

50 Mio. € Erträge aus Steuern können wir ausweisen, davon sind aber ca. 50 % **Transferaufwand** an den Kreis. Letzter hat sich bemüht, durch Vorlage eines unausgeglichene Doppelhaushaltes, was auch von der UWG-ME forciert wurde, einen Beitrag zur Finanzierbarkeit der Städte zu leisten.

Leider hat der Kreistag gestern abgelehnt, dass auch der Kreis durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage die schwierigen Rahmenbedingungen im Jahr 2011 mitträgt. Entsprechende Anträge von SPD und UWG wurden von CDU und FDP abgelehnt. So hätten wir schon im Entwurf unter der 5%-Hürde der Entnahme aus der allg. Rücklage bleiben können.

Die **Gewerbsteuer** mit einem Höchststand 2006 von 29,4 Mio. ist auf 16,3 Mio im 1. Entwurf 2011 geschmolzen.

Sehr erfreulich ist, dass wir 2010 mehr Gewerbesteuerereinnahmen als geplant bekommen haben, damit wurde sogar weniger als 5 % der allgemeinen Rücklage abgeschmolzen. So bleibt die Option zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes erhalten. Mit einer Entnahme aus den allg. Rücklagen in Höhe von 5,06 % verfehlt der Entwurf die 5% Hürde 2011 nur um knapp 100.000 €. Bei sparsamer Haushaltsführung also eine Marge, welche in Reichweite ist.

Immer waren die Haushaltsdaten „nur“ Schätzungen. Nie waren sie insgesamt aber mit so großen **Risiken und Ungenauigkeiten** behaftet wie 2011.

Wird der gescheiterte **Nachtragshaushalt des Landes** dazu führen, dass die Kommunen in Geiselnhaft genommen werden und die eingestellten Landesmittel in der veranschlagten Höhe nicht ausgezahlt werden?

Erfreuliche Daten hört man dagegen vom **Arbeitsmarkt**, welche die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften senken wird und damit über die Kreisumlage auch Erkrath entlasten kann. Ein Teil dieser Entlastung ist allerdings in der Kreisumlage bereits eingepreist.

**Japan.** Das menschliche Leid dieser Naturkatastrophe und der Atomkatastrophe ist unermesslich. Noch ist nicht ausgemacht, ob es auch globale finanzwirtschaftliche Auswirkungen geben wird. Weder die Finanzierung der EU-Länder noch die mangelhafte Bankenkontrolle lassen mit

Zuversicht hoffen, dass eine Finanzkrise sich nicht wiederholt. Die Erholung der Wirtschaft gelingt unerwartet schnell – wird das trotz der Atomkatastrophe in Japan anhalten?

Dass keine **Flüchtlinge** aus Nordafrika und Arabien auf Europas Städte zukommen werden und viele Menschen Grund haben, um politisches Asyl nachzusuchen, ist ebenfalls noch nicht ausgemacht.

Das Risiko und die Misswirtschaft der **WestLB** hat uns über seinen Dominoeffekt bereits in der Vergangenheit viel Geld gekostet. Was wird noch auf uns zukommen, wenn schon der Nachtragshaushalt des Landes daran scheiterte?

Die **LVR** Mehrbelastungen sind in diesem Jahr noch mal vom Kreishaushalt aufgefangen worden, das wird nicht jedes Jahr so gehen. Der LVR hat seinen Haushalt 2011 am 28.02.2011 beschlossen (Hebesatz 17,0 % für 2011 bzw. 17,2 % für 2012 – nach 16,0 % in 2010). Hier wächst dauerhaft eine steigende Belastung auf uns zu.

Nach der Kündigung des ungünstigen Altvertrages mit der DB sind große **Defizite im VRR** aufgelaufen und der geplatze Deal mit der DB-Vertragsverlängerung beschert weitere millionenschwere Defizite. Eine Lösung ist noch nicht in Sicht.

Die kreisangehörigen Städte tragen die mit der Aufgabenerledigung der Erbringung der **Leistungen für Bildung und Teilhabe** nach § 29 SGB II verbundenen Personal- und Sachkosten. Ob dies auskömmlich ist wird zu überprüfen sein und ist äußerst schwierig, weil Informationen fehlen.

Aber wir haben auch Risiken in eigener Finanzierungsverantwortung:

Die 2010 und 2011 aufgegebenen zwei **Brücken** zeigen, dass bei der Überprüfung der Brücken in Erkrath in den nächsten Jahren möglicherweise besonders hohe Belastungen auf die Stadt zukommen. Allein im Grünzug Sedental sind für die Brückenersatzmaßnahmen 145.000 € aufzuwenden, welche noch auf den Prüfstand gehören.

Fehlende **Verlegepläne** z.B. bei den Schulen oder beim ehemaligen Atrolgebäude machen die Kostenkalkulation z.B. für die Kanalüberprüfung oder bei der Sanierung der Feuerwache zu einem Ratespiel. Hier zeigt sich, dass die Verwaltung in der Vergangenheit am falschen Ende gespart hat, wenn noch nicht mal die Baupläne oder wenigstens die Baugenehmigungen vorliegen.

Im Übrigen darf bezweifelt werden, ob die Erschließungskosten für den **Hochdahler Markt** wirklich in voller Höhe in diesem Jahr eingenommen werden können.

Als wäre das nicht genug, wird der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut. So war der Pressemitteilung der SPD-Abgeordneten Griese am 13.01. zu

entnehmen, die Stadt Erkrath bekäme 1,6 Mio. mehr Schlüsselzuweisungen durch die Neuberechnung der neuen Landesregierung: Das Gegenteil war richtig.

Im Übrigen kann man der Kritik der FDP (PIUV 15.02.11), dass der Haushaltsplan für Rat und Ausschüsse mangels Erläuterungen und Kennzahlen nur schwer zu lesen ist, nur ausdrücklich zustimmen. Diese Kritik wäre auch in der Vergangenheit berechtigt gewesen – je nach Produktverantwortlichem in unterschiedlicher Schärfe.

Die Verwaltung trägt der sehr sparsamen Ausstattung der Fraktionen, welche auf Mittel für eine Fraktionsgeschäftsstelle und Personal trotz gesetzlichem Anspruch verzichten und zu den billigsten Vertretungen des Landes gehören, nicht ausreichend Rechnung. Wir sind in dieser mageren Ausstattung auf Zuarbeit der Verwaltung angewiesen. Einsparpotenziale sind sonst kaum zu ermitteln.

Nach den Sparrunden der letzten 10 Jahre mangelt es an erkennbaren, wirklich konkreten Vorschlägen von Maßnahmen, welche Dinge benennen, die überflüssig sind, verzichtbar sind und eine relevante Größe für den Haushalt besitzen. Eine solche „Sparliste“ konnte die Verwaltung wohl deswegen nicht vorlegen, weil diese schon selbst umgesetzt hat und es kaum nennenswerte Einsparpotenziale mehr gibt.

Wir regen trotzdem an, alle freiwilligen Ausgaben zu kennzeichnen wie es z.B. der Kreis Mettmann tut und wie es die Stadt Erkrath in Vorlage 108/2002 bei der Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes mal getan hat. So können Einsparpotenziale ermittelt werden.

### **Personalmangel**

Wirkungsvoller als alle Bemühungen von Politik und Verwaltung, Einsparungsmaßnahmen zu treffen, ist und war die knappe Personaldecke in Erkrath, welche selber ein Produkt der Sparpolitik ist. Immer weniger hat daher die Politik in der Hand, was gemacht wird, was nicht gemacht wird: Dies entscheidet immer mehr die Verwaltung durch die Redewendung „Kein Personal“.. Die Formel: „kein Personal“ hat viele Ideen im Keim zum Scheitern gebracht oder auf das beliebteste Möbelstück im Rathaus gesetzt: Die lange Bank. Dieses Möbelstück hat offenbar schon seit vielen Jahren die Erkrather Brücken zu tragen.

Wichtige Anliegen bleiben auf der Strecke, Klimaschutz, Fernwärmenetz, Straßenbeleuchtung, wo es nur geht, versuchen wir Aufgaben bei den Stadtwerken erfüllen zu lassen. Hoffentlich warten die Naturgewalten der Klimaveränderung, bis wir die Aufgaben erledigt haben.

Das Bürgerbüro war zeitweise wegen Krankheit geschlossen. Wegen Krankheit musste extern ein Auftrag für die Abwicklung der Modernisierung am Toni-Turek Gymnasium beauftragt werden: Zusatzkosten in Höhe von über 40.000 € für eine Gesamtkostenmehrung von 125.000 €.

Krankenstand in einer Verwaltung kann eine sich selbst verstärkende Dynamik entfalten. Durch Personalmangel überforderte, zunehmend demotivierte Mitarbeiter werden krank. Die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen haben dadurch noch mehr Arbeit Ergebnis: siehe oben.

Die *BmU*-Fraktion möchte anregen, dass wir trotz der Finanzknappheit über die Personalsituation in verschiedenen Bereichen reden müssen. Irgendwann wird Personalknappheit zu teuer.

## CDU

„...die Stadt Erkrath systematisch zerstören.“

### Zitat:

„Die CDU-Fraktion wird in den Ausschüssen und im Rat beantragen, die Aufwendungen im Haushalt 2011 auf den Vorjahresstand aus dem Jahr 2010 einzufrieren. Dies würde gegenüber dem Haushaltsplanentwurf zu Einsparungen in der Größenordnung von ca. 3 Mio. führen. Die CDU-Fraktion erwartet von der Verwaltung, dass die Kämmerei mit den Amtsleitern den Haushaltsplanentwurf überarbeitet und die Aufwendungen auf den Stand des Jahres 2010 zurückführt.“  
<http://www.cdu-erkath.de/aktuelles/2011/presse03-02-11.html>

Das Kredo der CDU 2011 ist, die alte Ansätze des Vorjahres einfach beizubehalten, nur dort zuzustimmen, wo Ansätze niedriger ausfallen und sich mit den dadurch entstehenden Problemen nicht abzugeben: diese soll die Verwaltung lösen.

Wir vergessen hier mal, dass der letzte Haushaltsplan – also die Wunschvorstellung der CDU - einen Griff in die allgemeine Rücklage von weit über 5 % vorsah, welche glücklicherweise dann in der Jahresrechnung – auch durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer - deutlich niedriger ausfiel..

Wir vergessen hier auch zweitens, dass die CDU auch den Haushalt 2010 mit den nun zum Antrag erhobenen Haushaltsdaten abgelehnt hat, diese nun aber zum idealen Haushalt kürzt.

Allein diese beiden Aspekte lassen den Vorschlag der CDU völlig unglaubwürdig erscheinen - aber

ich will zunächst zwei Dinge tun:

1. aufzeigen, dass es manchmal Mehrausgaben gibt, die trotz der Finanzmisere einfach sinnvoll und unabweisbar sind und deren Verzicht unverantwortlich ist.
2. dem Märchen entgegentreten, mit einer Baugebietsausweisung für Kleines Bruchhausen und einem Gewerbegebiet auf der Neanderhöhe wäre dieser Haushalt auskömmlich geworden.

### Zu 1:

Der Kämmerei zu unterstellen, sie hätte nicht den Haushalt auf Einsparmöglichkeiten untersucht entbehrt erkennbar jeder Grundlage. Die Vorlage 55/2011 zeigt das Ergebnis.

Für geschätzt ca. 240.000 € muss die **Feuerwache**, die in Teilen zurzeit unbenutzbar ist, saniert werden. Eine unabweisbare Maßnahme, die selbst im Nothaushalt gemacht werden müsste. Auch die CDU muss doch sehen, dass die derzeitigen Zustände in der Feuerwache nur ein Provisorium sind – für hauptamtliche Wehr wie für die freiwillige Wehr – welche so kurz wie möglich zu halten ist. Dann

müssen Sie aber auch das Geld dafür hinlegen oder an anderer Stelle einsparen. Wo ist der Gegenvorschlag der CDU?

Für eine nicht genau bezifferbare Summe in der Größenordnung von 400.000 € müssen die **Kanalanschlüsse** allein in diesem Jahr geprüft werden. Wollen Sie mit ihrem Beschluss wirklich, dass die Stadt Erkrath gegenwärtig sich dieser Verpflichtung entzieht? Wenn nicht, dann müssen Sie das auch finanzieren oder sagen, wo das Geld sonst herkommen soll.

Konsequent hätten wir auch auf kleinere Zusatzausgaben verzichten müssen. Sie hätten dann die Unterstützung des Caritasverbandes Mettmann für das **Demenznetzwerk** Erkrath, welche besonders vom Seniorenrat gefordert wurde, nicht beschließen dürfen (VL 21/2011)

Dass wir mehr Geld für den **Bürgerbus** für die Linienausweitung einsetzen hat die CDU ja noch im Gegensatz zu ihrem Partner FDP dankenswerter Weise selber eingesehen und mitbeschlossen. Das Geld dafür finanziert der Bürgerbus, dem allzeit unfallfreie Fahrt zu wünschen ist, dank seines guten Erfolges praktisch selbst durch den geringeren Zuschussbedarf.

### **Straßenbeleuchtung. Beispiel für Investitionen, welche Einsparungen bringen**

Hier weist der Gemeindeprüfungsbericht den Index 1 (Dringender, offensichtlicher Handlungsbedarf und/oder das Bestehen weitreichender Handlungsmöglichkeiten) auf. 25% der jährlich 400 zu prüfenden Leuchtmaste sind schadhaft und müssen gewechselt werden. Kosten in Höhe von rund 122.000,00 € werden ab 2011 allein für die Mastsanierung anfallen. Selbst eine Demontage von Masten bringt erst nach ca. 2,5 Jahren eine Nettoersparnis.

Das neue Sanierungskonzept sieht vor, bis zum Ende des Jahres 2018 alle maroden und mit HQL Lampen ausgerüsteten Leuchten auszutauschen.

Die Wartungsintervalle können in vielen Bereichen auf 4 Jahre erweitert und dadurch die Kosten reduziert werden. Stromeinsparung: 620.904,00 kWh x 12,5ct/kWh = 77.613,00 €/a (unterstellt, es bleibt bei dem niedrigen Strompreis)

Die Umlage der notwendigen Gesamtinvestitionen in Höhe von 714.240 € auf eine Umbauzeit von 8 Jahren ergibt eine jährliche Investition von 89.280€/a.

Investitionsvolumen bei der Leuchtenumrüstung ca. 89.000 €/a

Investitionsvolumen bei der Mastsanierung ca. 122.000 €/a

Wir erzielen damit eine langfristige Einsparung allein an Stromkosten in Höhe von 77.613,00 €/a, hinzu kommen geringere Wartungskosten und höhere Lebensdauer der Leuchtmittel.

Die CO<sub>2</sub> Einsparung beträgt knapp 320 t jährlich.

Hier sieht man, dass man manchmal erst Geld investieren muss um langfristig zu sparen und gleichzeitig der Umwelt zu nutzen.

Die Verwaltung hat am 24.02. vorgetragen, dass zur Vermeidung von Mehrkosten (durch Stilllegung der Baustelle) am **Toni-Turek-Stadion** unabwiesbare Mehrkosten der Sanierung in Höhe von ca. 125.000 € aufgetreten sind. Davon waren knapp 50.000 € für Auflagen des Brandschutzes und für die Sanierung des Daches der Hausmeisterwohnung notwendig. Bei der Wohnung hat sich bei Konstruktion der Solaranlage das Dach als zu marode herausgestellt. Die alten Heizkörper können im

Gegensatz zur Ursprungsplanung nicht wiederverwendet werden, da sie durchgerostet sind, die vorhandene Duschanlage hat sich als zu klein erwiesen, die Versorgungsleitungen mussten erneuert werden und weitere Maßnahmen: Insgesamt weitere 31.000 €. Mehrkosten durch Beauftragung eines externen Ingenieurs wegen Erkrankung eines Mitarbeiters: 41.000 €. Alternative: Stilllegung der Baustelle und **Mehrkosten** durch die Baustellensicherung, evtl. sogar Gefährdung der Abrechnung der hier eingesetzten Konjunkturmittel. So generiert die CDU höhere statt geringere Ausgaben!

Dass die Stadt die CDU-Forderung, ein **Bürgerbüro** in Unterfeldhaus einzurichten, bisher nicht umgesetzt hat, ist doch allein dem von mir oben beschriebenen Personalproblem, aus Gründen äußerster Sparsamkeit herbeigeführt, geschuldet. Hat die CDU beantragt, in der Not diesen Standard zu senken und das Ziel eines Bürgerbüros in Unterfeldhaus aufzugeben? Sie hat es nicht getan obwohl wir auch darüber wahrscheinlich mal reden müssen.

Das steht im krassen Gegensatz zu der **CDU-Forderung Standards** abzubauen.

Benennen Sie doch mal Standards, die sie bereit wären abzubauen.

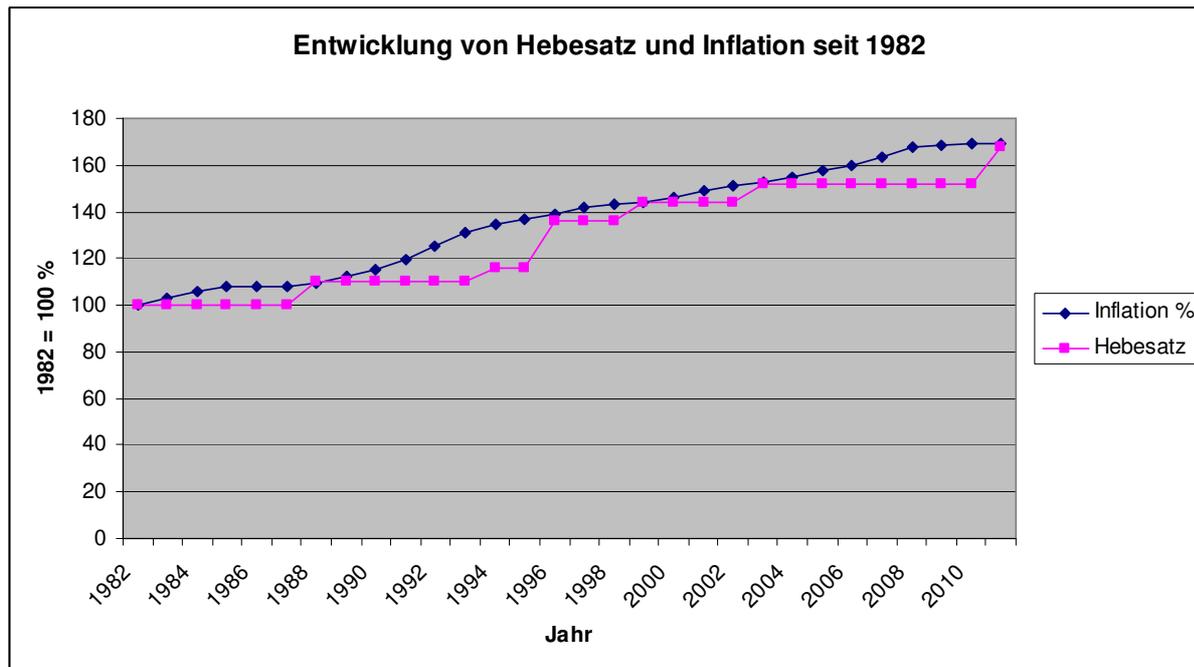
Als Ersatz für die Fahrrad/Fußgängerbrücke **Brücke zwischen Sandheider - und Immermannstraße** haben wir eine etwas weniger bequeme Lösung für 31.000 € vorgeschlagen. Die Lösung der CDU ist, die Brücke zu erneuern, was allein Kosten in Höhe von 63.000 € nur für die Brücke verursacht hätte. Vorher hatte die CDU dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt, einen kombinierten Fuß- und Radweg entlang der Sandheider Straße anzulegen. Kosten: 70.000 Euro. Abbau von Standards? Mit der CDU in diesem Fall nicht zu machen. Im Übrigen wird der Abbau der Brücke auch Vorteile für den Hühnerbach haben.

Das Erkrather Finanzproblem hat seine Ursache auch in der strukturellen Unterfinanzierung der gesamten kommunalen Ebene, welche durch die Finanz- und Wirtschaftskrise besonders sichtbar wurde. Diese Krise war die größte Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg und hat auch die Kommunen deutlich härter getroffen als die Krise 2003, auf welche die CDU neben Sparbeschlüssen eben auch mit einer **Grundsteuererhöhung** für Erkrath geantwortet hat. Was für die CDU damals richtig war ist heute falsch?

Zur Erinnerung: Die Steuerreformen der letzten 10 Jahre haben allein die NRW-Kommunen jährlich 2,9 Milliarden € gekostet und wird sie in den nächsten Jahren noch mehr kosten. Zum Ausgleich wurden den Kommunen von Bund und Land mehr statt weniger Aufgaben gegeben.

Was die CDU gerne verdrängt ist, dass sie mehrfach – zuletzt bei der Krise 2002/2003 selber die Grundsteuer B erhöht hat.

Schauen wir uns das mal am Beispiel der vielkritisierten Grundsteuer B an:



Die Grafik, deren Zahlen von meinem Kollegen Rainer Hustädt zusammengetragen wurden, zeigt deutlich, dass die Stadt sich bei der Grundsteuer lediglich einen Inflationsausgleich zurückholt.

Und das soll als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise unbillig sein?

Was die CDU sonst noch „empört“ und „entsetzt“:

<http://www.cdu-erkrath.de/aktuelles/2011/presse03-02-11.html>

„Die CDU Fraktion Erkrath ist **entsetzt** und **empört** über das Verhalten von SPD, Grüne und BmU bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Schule und Soziales.

Statt sich den Hinweis des Kämmerers zur aktuellen Haushaltssituation zu Herzen zu nehmen, haben SPD, Grüne und BmU unter der klaren Federführung der Grünen kräftig auf den Schuldenberg der Stadt Erkrath draufgesattelt...**alleine für den Bereich Schule und Soziales waren es € 143.399,- mehr als vorgesehen.**

„Wir können es nicht mehr nachvollziehen, wie SPD, Grüne und BmU die Stadt Erkrath **systematisch zerstören.** ...“

Ein Jahr vorher warf die CDU uns genau das Gegenteil vor:

„Es ist eine bodenlose Frechheit sich in der Öffentlichkeit für mehr Bildungschancen auszusprechen und nun **die Sanierung unserer Schulen komplett streichen** zu wollen. Bildung ist unsere Zukunft und Bildung kann nur dann gewährleistet werden, wenn die Infrastruktur stimmt. Marode Schulgebäude, Toiletten, auf die sich die Schüler nicht mehr trauen, Lehrerzimmer in schlechten Zuständen... diese Liste lässt sich endlos fortsetzen. Wer jetzt an der Sanierung der Schulen spart, muss spätestens in fünf Jahren die komplette Zeche zahlen, wenn es dann heißt: Abriss und Neubau.“, so Marc Hildebrand, schulpolitischer Sprecher der CDU Ratsfraktion. Im Januar wird sich die CDU Ratsfraktion im Rahmen einer Klausurtagung mit dem Haushalt intensiv auseinander setzen und selbst Ideen für Sparmöglichkeiten entwickeln. **„Bildung gehört auf keinen Fall auf die Streichliste.“**, so Hildebrand weiter.“

Was denn nun? Wie kann man es der CDU Recht machen?

Die **„komplett gestrichene Sanierung“** „unserer Schulen“ im Jahr 2010 kann man sehr schön z.B. an der Grundschule Millrath besichtigen. Sie ist tatsächlich auch komplett

gestrichen worden, vorher aber bekam Sie eine neue Fassadendämmung, neue Fenster, neue Heizung usw usw...

Für **Kinder, Jugend und Bildung** geben wir insgesamt ca. 18 Mio. € aus.

Die Heimunterbringung kostet durchschnittlich pro Jugendlichen 50.000 €. Diese Kosten wurden in der Vergangenheit zwar reduziert, sind aber schwer kalkulierbar. Wenn wir durch bessere Schulen, bessere KITAs und mehr OGATA-Gruppen nur zwei Kinder davor bewahren, ins Heim zu müssen, dann hätten wir schon jene 100.000 € gespart, die wir brauchen um den diesjährigen Haushalt unter die 5% Marke der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage zu drücken. Der Wert für die Familien liegt aber viel höher. Selbst die Kalkulationskosten in Höhe von 5000 € für die weitere Planung (externe Kostenermittlung der Projektvorschläge) eines neues Jugendhauses in Hochdahl wird hier verweigert. Ein Projekt, das von einer privaten Bürgerinitiative stark unterstützt wird.

Wir geben 2900 € mehr aus für Material für Kitagruppen (100,- pro Gruppe)- besonders im Hinblick auf den U3-Ausbau. Die 1600 € für die Schulwegepläne wurden im Hauptausschuss ja dann im Gegensatz zum Fachausschuss doch von der CDU mitbeschlossen, die 5000 € für Singpause dann wieder nicht.

Ausweitung der **OGATA-Gruppen** „besonders schlimm“, Eltern werden „bewusst getäuscht“

Zitat CDU: „**Besonders schlimm** ist es im Bereich der Offenen Ganztagschule. Hier werden den Eltern neue Gruppen versprochen, welche bei einem Nothaushalt, der Erkrath droht, sofort gestrichen werden müssen, da sie sogenannte freiwillige Ausgaben sind. Hier werden **die Eltern vieler Kinder bewusst getäuscht.**“, so Marc Hildebrand, schulpolitischer Sprecher der CDU Ratsfraktion.“

Hierzu kann man auf den Antrag der FDP verweisen, wenn dieser die tatsächlichen Verhältnisse auch etwas überzeichnet. Klar ist: Selbst wenn wir im nächsten Jahr in den Nothaushalt kämen würden die laufenden OGATA-Gruppen nicht aufgelöst. Wer hier wen täuscht liegt auch bei diesem Fall klar auf der Hand.

Wo aber soll dann gespart werden?

### **Keine Photovoltaik**

Nach den Ereignissen in Japan sind der CDU und der FDP die hier in der Vergangenheit gemachten Polemiken hoffentlich wenigstens unangenehm. Dass Atomstrom unbezahlbar war und ist war unabhängig davon schon durch das Fehlen der Endlager deutlich. Kapitalisiert man die Kosten der Zwischenlager für die bereits hergestellten Brennstäbe – sagen wir mal bescheidener Weise nur für die nächsten 50.000 Jahre - zeigt sich unabhängig vom sogenannten „Restrisiko“ die Unbezahlbarkeit dieser Technologie. Wir haben der Verwaltung alle notwendigen Informationen zukommen lassen, wie man durch Fördermittel praktisch kostenlos an die Anzeigentafel zur Einbindung der Photovoltaikanlage in den Unterricht kommen kann.

### **Kein Radwegekonzept**

Das Radverkehrskonzept wurde 2009 geschoben, es wurde 2010 geschoben, es soll 2011 geschoben werden. Selbst bei der SWOT-Analyse Erkrather Unternehmen wurde der mangelhafte Zustand der Radwege als Standortschwäche benannt. Irgendwann muss man sich entscheiden, ob man den Radverkehr noch aufrecht erhalten will, denn der Investitionsstau in diesem Bereich ist enorm. Dabei

ist ja noch gar nicht ausgemacht, ob ein Radverkehrskonzept nicht auch in einzelnen Trassen Einsparpotenzial gegenüber der ständigen Flickerei aufzeigen wird.

### Kein **Imagekonzept** für Erkrath

Zwar hat auch die CDU die SWOT Analyse von 15 Erkrather Unternehmen durch Prof. Liepach begrüßt – aber will sie auch Konsequenzen ziehen? Dort wird klar benannt, dass Erkrather Unternehmer ein Image, ein Konzept für Erkrath als Standortfaktor vermissen. Wir haben die Schildadiskussion daher in die Entwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes integriert und die Mittel in diesem Jahr auf 10.000 € reduziert.

### Teil 2

Die nächste – immer wiederholte und immer noch nicht belegte - Mär lautet, wenn die Kooperation doch nur Gewerbeflächen auf der **Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus** freigegeben hätte, dann wäre der Kommunalhaushalt jetzt finanziert.

In Deutschland gibt es 11.671 Gemeinden. Wenn wir diese Gemeinden in der Reihenfolge ihrer Dichte sortieren, wo landet da wohl Erkrath?

Antwort: Wir gehören zu den TOP 100 und belegen Platz 64 von 11.671.

Auch die Bevölkerungsdichte bezogen auf die besiedelte Fläche (Siedlungs- und Verkehrsfläche) ist überdurchschnittlich:

Erkrath: 1 715,5

Alle Gemeinden des Kreises: 1 219,5

Alle Gemeinden des Reg.Bez.: 977,7

Alle Gemeinden des Landes: 524,3

Alle kleinen Mittelstädte: 350,0

Die Landesdatenbank weist für Erkrath einen Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil von 43,5 % aus.

Alle Gemeinden des Kreises haben einen solchen von 39,7 %, alle Gemeinden im Reg.Bez. von 32,9 %, alle Gemeinden des Landes von 22,3 %.. Bei einer sinkenden Bevölkerung ist auf Dauer der Zuzug von Menschen nur durch Schaffung attraktiver Wohngebiete, guter Naherholungsmöglichkeiten, guter Verkehrsanbindung und guter Bildungssysteme zu schaffen.

In einer Zeit insgesamt sinkender Bevölkerung glaubt die CDU also trotz eines Spitzenplatzes in der Bevölkerungsdichte, noch mehr Fläche bebauen zu müssen? Dafür müssen gute Begründungen gefunden werden und die liegen nicht vor, Neue Wohnbaugebiete kannibalisieren den vorhandenen Wohnbestand und reißen dadurch weitere Löcher in die städtischen Finanzen. Direkt z.B. dadurch, dass der Eigentümer bei Leerstand durch Mietpreisverfall einen Anspruch auf Grundsteuererlass hat.

Ende 2009 hat dieser Rat seine Amtszeit aufgenommen. Selbst wenn 2010 Planungsrecht für das Gewerbegebiet Neanderhöhe geschaffen worden wäre, wären

diese Flächen bis heute weder vermarktet noch bebaut. Der Gewinn hätte erst mal verdient werden müssen.

## **Kooperation**

Dass die Kooperation der drei Partner SPD, BmU, Grüne bedauerlicher Weise nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zustande bringt, Erkrath zur Bewältigung der Aufgaben aber den größten gemeinsamen Nenner verdient hätte, ist bedauerlich.

Uns gefällt auch der Umgang innerhalb und außerhalb der Kooperation nicht, aber es kommt auf die sachlichen Gemeinsamkeiten an. Dieser gemeinsame Nenner wäre mit der CDU – wie hier und heute noch mal erkennbar wird – leider kaum noch erkennbar.

Möglicherweise werden die Ergebnisse des Schulentwicklungsplanes wieder zu einem Stresstest für die Kooperation. Aber, wie wir bewiesen haben, sind wir zur Not auch recht belastbar und durchsetzungsfähig.

## **Erkrath gestalten 2011:**

Ein besonderer Schwerpunkt wird nach wie vor die **Förderung der Schulen** und der Familien sein, Wir sind gespannt, wie das Bildungspaket umgesetzt werden kann, Wir setzen die Einführung der Singpause durch, wir setzen das unter unserer Beteiligung und vor allem auch vom ADFC betriebene Projekt der Schulwegpläne fort. Ganz besonders schauen wir mit Spannung auf den ersten Entwurf des Schulentwicklungsplanes.

Wir erwarten, dass das **Babybegrüßungspaket** (seinerzeit von uns in die Wege geleitet) auch wirklich in den ersten Monaten nach der Geburt übergeben wird. Die Verwaltung steht bei uns im Wort, dass die Wartezeiten verkürzt werden.

Bei der ebenfalls von uns durchgesetzten **Ehrenamtskarte** hat die Vergabe nun endlich begonnen.

Mit etwas nagen Erwartungen blicken wir dem neuen **Brandschutzbedarfsplan** entgegen. Die zurückgehende Zahl ehrenamtlicher Feuerwehrleute kommt der Stadt hoffentlich nicht teuer zu stehen.

Die von uns beantragte Aktion **Notinsel** – die wir ebenfalls im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements sehen – sollte mal in Form eines Erfahrungsberichtes vorgestellt werden.

Mit dem **Masterplan Neandertal** als Rahmen werden zusätzliche Mittel an Erkrath gebunden, welche dem Tourismus und der Attraktivität des Nahraumes dienen. Die ökologische Aufwertung des Neandertales darf über diese Maßnahmen nicht in Vergessenheit geraten.

Die Neugestaltung des **Subzentrums Sandheide** für 1,6 Mio. € - mit Fördermitteln des Landes - wird endlich angepackt.

Wir teilen die Kritik an der Startphase des **Stadtentwicklungskonzeptes**. Der Internetauftritt ist lieblos, unaktuell und wenig motivierend. Wir erwarten hier

umgehend Nachbesserungen. Das Stadtentwicklungskonzept wird eine fiskalische Wirkungsanalyse (u.a. Schöpfung von Einkommensteuerpotenzialen u. Gewerbesteuerpotenzialen) enthalten, wie und mit welchen Maßnahmen langfristig der Haushalt der Stadt Erkrath zu sichern ist.

Wir regen an das **Vorschlagswesen** in der Stadtverwaltung Erkrath zu diskutieren. Im Mittelpunkt steht die Prüfung, ob ausreichende Leistungsanreize für Einsparvorschläge im Verwaltungsablauf gewährt werden.

Genauso sollen im Rahmen eines vertretbaren Aufwandes Möglichkeiten für **Spenden** und **Patenschaften** aufgezeigt werden.

Wir erinnern daran, die Alte Schule **Thekhaus** einer Vermarktung des Grundstückes als Hotel / Anregung: Schwerpunkt Radtouristen – liegt direkt an der Kaiserroute zuzuführen.

Die Probleme des **Winterdienstes** harren noch ihrer Lösung.

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit ist z.B. die Beauftragung des Kreises mit den Aufgaben der **Rechnungsprüfung** auszuloten, um hier die Kosten zu senken.

Die Instandsetzung der **Fußgängerzone Bahnstraße** ist nun endlich in 2011 vorzunehmen.

### Risiko **CO-Pipeline**

Nach der Katastrophe von Duisburg, nach der Katastrophe in Japan ist immer wieder beschwörend aus Politikermund zu hören, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor allen anderen Gütern Vorrang habe.

Nur zur Erinnerung, im Dezember 2009 hat der Geologische Dienst NRW das TÜV-Gutachten zur Erdbebensicherheit der Pipeline als falsch entlarvt, da der Gutachter die falsche DIN-Norm verwendet hat und zusätzlich falsch gerechnet hat. Das ist nicht gerade vertrauenerweckend. Und im übrigen war die maximal angenommene Erdbebenstärke in Japan nur 1/10 des Erdbebens, das vor vier Wochen Japan tatsächlich heimgesucht hat. Dort kann man wirklich sehen, wie eine zerstörte Stadt aussieht.

Merke: Es ist ausgeschlossen, dass ein Ereignis mit nur geringer Wahrscheinlichkeit nicht eintritt.

Dies ist nur ein Aspekt, um die Führung einer CO-Pipeline durch Wohngebiete abzulehnen.

Weitgehend in der Öffentlichkeit unbemerkt ist nun für Mai eine Verhandlung des Gerichts zur Pipeline angesetzt.

Wir kritisieren, dass die Politik das Problem nicht gelöst hat, auch der Regierungswechsel hat nicht den Durchbruch gebracht.. Die im Enteignungsgesetz vorgeschriebene Evaluation des Pipelinegesetzes bis Ende 2010 erfolgte nicht – trotz nochmaliger Wiederholung im Koalitionsvertrag. Hier hat die Landesregierung

nicht gehalten was sie versprochen hat – und sie hat noch nicht mal erklärt, warum sie das nicht getan hat – trotz ausdrücklicher Nachfrage.

Die einzige Verbesserung ist die andere Handschrift von Regierungspräsidentin Lütkes im Vergleich mit ihrem Vorgänger – aber auch hier ist von konkreten Konsequenzen ihres angekündigten neuen Planfeststellungsverfahrens noch nichts erkennbar.

Das der RP es noch nicht mal für nötig hält, uns im Fachausschuss zu erklären, warum die Sanierung der **Deponie Hubbelrath**, bei welcher sich der Betreiber mit einer langen Kette von Gutachtern bisher vor den Konsequenzen drückt, ist allerdings unverständlich. Die Deponie war von Anfang an undicht – und das konnte man wissen..

Ärgerlich sind wir auch darüber, dass das **Mobilfunkkonzept** immer noch mehr Baustelle als wirksames Instrument ist, um die Strahlenbelastung gleichmäßig zu verteilen.

CO-Pipeline, Bürgerbus, **Bürgeraktionstag** – um nur einige wenige Gruppen zu nennen – sind Beispiele für ein erwachendes Bürgerengagement, das wir besonders begrüßen, das wir brauchen um die Lebensqualität in Erkrath zu verbessern.

Zu dieser Lebensqualität gehört auch die Diskussion, wie wir **Tempo 30 Zonen** in Erkrath so organisieren können, dass sie wirkungsvoll Lärm und Abgase reduzieren und gleichzeitig von der Bürgerschaft akzeptiert werden.

Die Problematik der **Max-Planck-Straße** ist Konsequenz eines Planungsfehlers der Stadt. Wir werden weiter daran arbeiten, diesen zu korrigieren.

**Stadtwerke** aber auch Planungspolitik werden sich der Abkehr von der Atomkraft zu widmen haben – ein Kriterium welches wichtig auch für die Konkurrenzfähigkeit der Stadtwerke sein wird. Ein privater Investor denkt sogar schon seit längerem an die Errichtung einer Wasserkraftanlage an der Düssel zur Erzeugung von Strom .

Überhaupt muss im Zusammenhang mit den Stadtwerken deren hervorragender Beitrag zur Finanzierung des städtischen Haushaltes genannt werden. Ein leistungsstarkes Unternehmen, dessen Gewinn wieder an die Bürgerschaft zurückfließt.

Sollte jemand bis hierhin der Stellungnahme gefolgt sein: Herzlichen Glückwunsch zu diesem Interesse an Erkrath und vielen Dank!

## Quellen

Wolf, K. E.: Entwicklung und Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen. Studie im Auftrag von ver.de NRW. Düsseldorf, 2010.

[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GV100ADVJ/GV100AD31122010\\_4\\_Quartal,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Archiv/GV100ADVJ/GV100AD31122010_4_Quartal,templateId=renderPrint.psml)

[http://www.steuerverbund.de/xist4c/web/Grundsteuer--Erlass-bei-strukturellem-Leerstand\\_id\\_8903\\_.htm](http://www.steuerverbund.de/xist4c/web/Grundsteuer--Erlass-bei-strukturellem-Leerstand_id_8903_.htm)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_deutscher\\_Gemeinden,\\_nach\\_der\\_Bev%C3%B6lkerungsdichte\\_geordnet](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_deutscher_Gemeinden,_nach_der_Bev%C3%B6lkerungsdichte_geordnet)

<http://www.cdu-erkrath.de/aktuelles/2009/presse31-12-09.html>